

25 Jahre Kosovo-Krieg: „Deutschland muss eine neue Balance finden“



Rudolf Scharping ist Geschäftsführender Gesellschafter der RSBK Strategie Beratung Kommunikation AG, die stark im China-Geschäft tätig ist; von 1998 bis 2002 war er Bundesverteidigungsminister.

Am 11. Juni 1999 endete der Kosovo-Krieg. Der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping über die Notwendigkeit, für Frieden auch bewaffnet einzutreten – und über die Wehrpflicht als Dienst am Gemeinwesen.

Von
Markus Bickel



Sie waren der erste Verteidigungsminister, unter dem deutsche Soldaten nach 1945 wieder im Einsatz waren. Wie schwer fiel ihnen 1999 die Zustimmung zur Kriegsbeteiligung?

Schwer und mit Sorgen belastet, wegen der Soldaten und der Familien, auch wegen des Durchhaltens gerade in der Koalition. Andererseits: entschieden. Entschieden auch bei der Suche nach einer politischen Lösung. Das begann mit der Ernennung von Viktor Tschernomyrdin, dem früheren russischen Ministerpräsidenten, zum Sonderbeauftragten für Jugoslawien. Ich kannte ihn und konnte das nutzen.

Der Protest gegen den Krieg war groß, auch in der SPD.

Ja, aber das war eine Entwicklung. Schon unmittelbar nach der Bundestagswahl 1998 und dem Übergang von Helmut Kohl zu Gerhard Schröder war klar, dass nur die glaubhafte Drohung, militärische Mittel einzusetzen, den Druck auf Slobodan Milošević aufrechterhalten würde. Deutschland ist verankert in Europa und Nato; ich war zu der Zeit Präsident der Europäischen Sozialdemokratie. Es war klar: Wir können nur gemeinsam etwas bewirken. Ich selbst war damals kein so ganz typischer Vertreter der Sozialdemokratie, weil ich immer der Meinung war, dass der Schutz von Frieden und Freiheit auch die Fähigkeit zur Verteidigung voraussetzt.

Eine Position, die ein Vierteljahrhundert später immer noch umstritten ist in Ihrer Partei – gerne auch mit Verweis auf den Friedensnobelpreisträger Willy Brandt.

Brandt wusste genau: Erfolgreiche Entspannungs- und Friedenspolitik ist nur möglich bei fester Verankerung der Bundesrepublik in Nato und Europäischer Gemeinschaft. Am Willen und der Fähigkeit zum bewaffneten Schutz von Freiheit hat er nie einen Zweifel gelassen.

Unter Brandt wurden zeitweise 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Rüstung gesteckt.

Heute brauchen wir eher 2,5 Prozent, um die Fähigkeiten aufzubauen, die wir brauchen. Damit verhindern wir übrigens auch, erpresst zu werden – von Mächten, die unsere zivilisatorischen Vorstellungen nicht teilen und die ihre Interessen knallhart verfolgen.

Wie kommt es, dass diese Debatte auch nach zwei Jahren Krieg in der Ukraine in Deutschland immer noch so zaghaft geführt wird?

Das sehe ich anders. In Demokratien muss diskutiert werden – unter Wahrung unserer eigenen Sicherheitsinteressen. Daran hält sich leider nicht jeder oder jede.

Grundsätzlicher gesagt: Mit der deutschen Einheit hat sich etwas breit gemacht, was der damalige Verteidigungsminister Volker Rühle in die Worte fasste, dass Deutschland nur von Freunden umzingelt sei. Das war einerseits richtig, andererseits hat es eine Stimmung auf den Punkt gebracht, die lautete: Wozu noch Streitkräfte in dieser Größenordnung unterhalten? Das ist in meinen Augen eine gefährliche Haltung: Sie sollten nie warten, bis es brennt, ehe sie beginnen, die Feuerwehr aufzubauen.

Andererseits entsprach diese Position der Stimmung nach dem Ende der Blockkonfrontation, als viele von einer Friedensdividende ausgingen.

Das ist richtig. Diese Dividende haben wir überreichlich genommen, seit 1990 und besonders ab 2009, als unter christdemokratischer Führung die Bundeswehr noch einmal erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden ist durch das sogenannte Aussetzen der Wehrpflicht auf der einen und massive Kürzungen auf der anderen Seite.

Halten Sie eine Wiedereinführung der Wehrpflicht für richtig?

Mehr noch: Alle müssen etwas beitragen zum dauerhaften Gelingen unserer Freiheit. Es bekommt einem Gemeinwesen nicht gut, wenn man alle Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwesen an bezahlte Agenturen auslagert, weder bei den Streitkräften noch in anderen Bereichen. Der Kitt einer Gesellschaft besteht in gemeinsamen Überzeugungen und Werten, die nicht vernachlässigt werden sollten. Helmut Schmidt hat das einmal versucht zum Ausdruck zu bringen, als er von den Menschen- und Freiheitsrechten sprach, denen in jedem einzelnen Fall immer auch eine Verpflichtung und Verantwortlichkeit gegenübersteht.

In der Ampel-Koalition scheint es weder für die Rückkehr zur Wehrpflicht noch für eine allgemeine Dienstpflicht eine Mehrheit zu geben. Halten Sie die Gesellschaft für weniger solidarisch als noch vor 20 Jahren?

Nein. Ich habe eher den Eindruck, dass die Politik nicht so weit ist wie die Erkenntnis auch unter jüngeren Menschen. Denn eine allgemeine Verpflichtung zu einem zeitlich begrenzten Dienst an der Allgemeinheit findet ja in allen Schichten und Altersklassen der Bevölkerung Mehrheiten, unterschiedlich stark, aber eben eine Mehrheit.

Finden Sie, dass Deutschland kriegstüchtig werden muss, wie Verteidigungsminister Boris Pistorius es fordert?

Ich finde, Deutschland muss eine neue Balance finden: die Fähigkeit, Freiheit zu

verteidigen, gemeinsam mit anderen in Europa und im transatlantischen Bündnis, und die Fähigkeit, auf dieser Grundlage wirksame Friedenspolitik zu betreiben. Beides ist nicht so ausgeprägt, wie ich mir das wünsche.

Hinter Ihnen hängt eine Weltkarte. Schauen Sie da inzwischen öfter nach Taiwan oder Neukaledonien als noch in den 1990ern?

Und in den Nahen Osten oder den Sudan. Meine große Sorge ist diese unglückliche und gefährliche Kombination: Deutschland ist international so stark verflochten wie kaum ein anderes Land, aber wir denken zu wenig strategisch, oft findet man sogar manch Kleinkariertes, und jetzt kommt sogar hässlicher Nationalismus, Rassismus oder Antisemitismus dazu. Im Kern geht es darum, dass es auf der Welt sehr verschiedene Interessen und Sichtweisen gibt. Da muss man sich behaupten. Das wird uns als Deutschen nur in und mit Europa gemeinsam gelingen, mit klugem Realismus und ohne erhobenen Zeigefinger.

Quelle: <https://table.media/security/interview/25-jahre-kosovo-krieg-deutschland-muss-eine-neue-balance-finden/>